

„Weder rechts noch links“

Wissenschaftler Grimm über Italiens stärkste Partei

Italien wurde oft enttäuscht – von Berlusconi, Prodi, Renzi. Nun soll es eine Protestpartei richten. Sie könnte sich schneller normalisieren, als es manchen lieb sein kann, sagt der Politikwissenschaftler Markus Grimm von der Universität Gießen. Mit ihm sprach
THOMAS BLOCK.

gionalen Parlamenten und hat in vielen Kommunen Verantwortung übernommen. Hinzu kommt, dass der Parteigründer Beppe Grillo nicht mehr an der Spitze der Partei steht. In der aktuellen Besetzung besteht eine gute Chance, dass sich die Parlamentsfraktion schneller normalisiert, als das so manchem lieb sein kann.

Herr Grimm, die Lage in Italien scheint unübersichtlich. Versinkt das Land im Chaos?

Nein. Die großen Blöcke stellen sich strategisch neu auf, ähnlich wie das auch in Deutschland der Fall war. Die Sozialdemokraten kommen nur noch als Junior-Partner einer Koalition infrage und im rechten Lager ist die Führungsfrage noch ungeklärt. Es ist aber nicht grundsätzlich ausgeschlossen, dass sich dabei eine Regierung bildet.

„Berlusconi hat viel versprochen und nichts davon gehalten“

Anders als in Deutschland ist aber in Italien die große Unbekannte stärkste Kraft geworden. Warum ist die Fünf-Sterne-Bewegung so erfolgreich?

Weil viele Italiener enttäuscht sind. Die anderen Parteien haben über Jahrzehnte zwar Hoffnungen geweckt, sie dann aber nie erfüllt. Silvio Berlusconi hat viel versprochen, vor allem im Wirtschaftsbereich, und nichts davon gehalten. Romano Prodi hatte gute Ansätze, hat dann aber trotzdem keine langfristigen Reformen umgesetzt. Und Matteo Renzi hat den Aufbruch zwar angeschoben, ist dann aber an der Verfassungsreform gescheitert. Jetzt setzen die Menschen ihre Hoffnungen in die Fünf-Sterne-Bewegung. Sie soll das Land wirtschaftlich reformieren.

Können die das?

Die Partei ist jedenfalls nicht mehr der chaotische, unbedarft Haufen, der sie am Anfang war. Sie sitzt in einer Reihe von re-

Wo würden Sie die Partei verorten?

Die Partei versteht sich als weder rechts noch links. Die Basis ist aus eher linken, aus globalisierungskritischen Protestbewegungen entstanden, Beppe Grillo hat seine Bewegung jedoch lange rechts verortet. In der Flüchtlingspolitik etwa vertritt sie sehr differenzierte Positionen.

Sie wird oft als populistisch beschrieben.

Das stimmt nicht ganz. Der Spitzenkandidat Luigi Di Maio hat gar nicht das Charisma, um als Populist aufzutreten. Die Partei hat jedoch zwei populistische Züge: Sie besetzt Themen, die gerade im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen, und wettet gegen die Kaste der etablierten Politiker.

Wie steht die Partei zu Europa?

Sie ist nicht europaskeptisch, sieht es aber kritisch, dass Deutschland und Frankreich eine Achse gebildet haben, bei der Italien keine Rolle spielt. Sie fordert, wie alle anderen Parteien auch, ein Ende der Austeritätspolitik. Sie möchte investieren und Schulden machen dürfen. Egal, wer die Regierung bildet, Italien wird mehr Unterstützung von Europa einfordern.

Gefühlt ist Italien seit Jahrzehnten im Krisenmodus.

Das zu ändern, wird nicht einfach – egal, wer nun regiert. Italien, und damit auch Deutschland und Europa, brauchen in jedem Fall einen langen Atem, bis Reformen greifen und spürbar werden.



Experte: Markus Grimm forscht am Institut für Politikwissenschaft der Universität Gießen. Foto: privat



Schlüsselübergabe: Günther Krauses Rechtsvertreter Peter-Michael Diestel (r.) mit dem Hamburger Anwalt Arne Trimpop

Foto: Nordkurier/Thomas Krause

Der Räumung zuvorgekommen

Ex-Bundesverkehrsminister Günther Krause musste Haus in Mecklenburg verlassen – er konnte es nicht bezahlen

Erst steile Politik-Karriere, dann negative Schlagzeilen als Geschäftsmann: Jetzt ist Ex-Bundesminister Günther Krause kurz vor der Zwangs-räumung aus einem Haus an der Seenplatte ausgezogen. Aber ganz ist der Streit ums Haus noch nicht beendet.

VON WINFRIED WAGNER

Fincken. Der ehemalige Bundesverkehrsminister Günther Krause hat ein von ihm seit einem Jahr bewohntes Haus an der Mecklenburgischen Seenplatte kurz vor der Zwangs-räumung jetzt geräumt. Krauses Anwalt Peter-Michael Diestel übergab am Montag vor dem Grundstück in Knüppeldamm die Schlüssel an den Hamburger Anwalt Arne Trimpop. „Es ist auch alles in Ordnung“, bestätigte Trimpop nach einem ersten Rundgang.

Der Hamburger Jurist vertritt die Unternehmerfamilie, die das komfortabel ausgebaute Siedlungshaus vor einem Jahr an Krauses Frau verkauft, aber dafür kein Geld bekommen hatte. Mit dem Auszug kam der frühere CDU-Politiker einer bereits gerichtlich eingeleiteten Zwangs-räumung zuvor. „Er ist ins Bran-

denburgische gezogen“, sagte Diestel über Krause. Die Staatsanwaltschaft Neubrandenburg ermittelt gegen Krauses auch wegen des Verdachts des Betruges.

Für das mit Sauna und Pool ausgestattete Haus sollten 459 000 Euro bezahlt werden, die Zahlung war aber nie erfolgt. Die Unternehmerfamilie klagte. Es kam im Februar zu einem Zivilprozess am Landgericht Neubrandenburg. Dort einigten sich Anwälte in Krauses Namen auf eine weitere Zahlungsfrist bis Ende März und – falls nicht gezahlt wird – einen Auszug bis 10. April. Beide Termine ließen Krauses ergebnislos verstreichen.

Gerichtsvollzieher wäre in der zweiten Maihälfte erschienen

Danach schaltete Anwalt Trimpop einen Gerichtsvollzieher ein. Dieser wäre in der zweiten Maihälfte zum Zuge gekommen, sagte Trimpop. Mehrere Dorfbewohner zeigten sich erleichtert, dass die Aufregung um den früheren Politiker sich künftig nicht



Absturz eines Ex-Ministers: Günther Krause

Foto: dpa/Paul Zinken

mehr in ihrem Umfeld abspielt. „Die Familie ist schon am Sonntagabend weggefahren“, erklärte eine Anwohnerin. Im Dorf habe niemand Kontakt zu Krauses gehabt. „Auch bei der CDU hat er sich nicht vorgestellt“, sagte Bürgermeister Erich Nacke (CDU). Krause hatte als DDR-Verhandlungsführer 1990 den Einheitsvertrag mit ausgehandelt und gemeinsam mit Wolfgang Schäuble

(CDU) als damaligem Bundesinnenminister unterschrieben. Nach seinem Rücktritt wegen mehrerer Affären als Bundesverkehrsminister 1993 hatte er sich weitgehend aus der Politik zurückgezogen und war als Unternehmer tätig. In dem Zusammenhang musste sich der 64-Jährige mehrfach vor Gerichten verantworten. Zuletzt hatte das Amtsgericht Potsdam Krause

Ende März wegen Insolvenzverschleppung und vorsätzlichen Bankrotts zu 5400 Euro Geldstrafe verurteilt. In der Anklage hatte die Staatsanwaltschaft Krause vorgeworfen, nach der Pleite seiner in Brandenburg an der Havel ansässigen Unternehmensberatung keinen Antrag auf Insolvenz gestellt zu haben, obwohl er spätestens Ende Januar 2015 zahlungsunfähig gewesen sei. Die Firma war dann auf Antrag der Gläubiger im Frühjahr 2016 pleitegegangen. Außerdem soll Krause Arbeitnehmerbeiträge zur Krankenversicherung in Höhe von gut 7000 Euro veruntreut haben. Diestel hatte im Auftrag seines Mandanten den Strafbefehl des Gerichtes sofort angenommen.

Der Streit um das Wohnhaus in Knüppeldamm ist aber noch nicht ganz abgeschlossen: Trimpop will von Krauses noch eine Entschädigung für zwölf Monatsmieten, die seinen Mandanten entgangen seien. „Das wären etwa 18 000 Euro“, sagte er. Diestel kündigte an, eine Nutzungsentschädigung werde akzeptiert. (dpa)

Mehr unter: www.moz.de/guentherkrause

Theresa Mays Schiffskatastrophe

Rücktritt der Innenministerin bringt die Regierungschefin noch mehr in Schwierigkeiten

Binnen eines Jahres gaben fünf Minister aus Theresa Mays Kabinett ihr Amt auf. Nur ein Rücktritt war skandalfrei – Nordirlandminister James Broxhore hatte gesundheitliche Gründe. Mit der Innenministerin Amber Rudd verlor die Regierungschefin nun eine besonders geschätzte Kollegin.

VON HENDRIK BEBBER

London. Ihr Rücktritt ist die Folge der „Windrush“-Affäre. „Windrush“ war der Name des Schiffes, das im Juni 1948 492 Männer, Frauen und Kinder aus der Karibik nach England brachte. Sie kamen auf Einladung der britischen Regierung, die dringend Arbeitskräfte vor allem in den Krankenhäusern, der Straßenreinigung und im öffentlichen Verkehr brauchte. Die Übersiedlung war eigentlich recht unbürokratisch, denn die Gastarbeiter aus Jamaika, Trinidad und Barbados genossen als Untertanen Ihrer Majestät im britischen

Kolonialreich automatisch das Aufenthaltsrecht im Mutterland. Nach Schätzungen ließen sich etwa 50 000 Westinder bis zum 1. Januar 1973 in Großbritannien nieder. Dies war der Stichtag für eine Änderung der Einwanderungsgesetze. Hinfert benötigten Bürger des Commonwealth eine besondere Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis, wenn sie auf

May verkündete ein „feindliches Klima“ für alle, die illegal in Großbritannien leben

längere Zeit nach Großbritannien wollten. Die „Windrush“ blieb jedoch das Symbol für die multikulturelle Vielfalt Großbritanniens und ein Modell des Schiffes wurde 2012 bei der Eröffnung der Olympischen Spiele in London bejubelt. Im gleichen Jahr jedoch drehte die damalige Innenministerin Theresa May die Schraube gegen illegale Einwanderer noch fester zu. Ein neues Gesetz be-

stimmte, dass der staatliche Sozial- und Gesundheitsdienst sowie Arbeitgeber und Vermieter den Status ihrer Klienten überprüfen müssen. May verkündete ein „feindliches Klima“ für alle die illegal im Land leben. Die Grenzschutzpolizei wurde zur verstärkten Fahndung nach Menschen angehalten, die keine Aufenthaltserlaubnis haben.

Betroffen waren viele Mitglieder der „Windrush“-Generation. Sie lebten und arbeiteten bereits seit Jahrzehnten in Großbritannien und hatten längst vergessen, dass sie eigentlich die volle britische Staatsbürgerschaft oder eine dauernde Aufenthaltsbewilligung benötigten. Der Nachweis von Papieren wäre nach so langer Zeit auch ziemlich schwierig gewesen, weil die Einwanderungsbehörden 2010 die alten Schiffslisten entsorgt hatten. Wie der Botschafter von Barbados, Guy Hewitt klagte, endete Theresa May die bei den Behörden um Klärung ihres Status vorsprachen, direkt in der Abschiebehaft. Der Schicksal von

Albert Thompson empörte die Nation. Er kam 1972 im Rahmen einer Familienzusammenführung zu seinen Eltern nach England. Nach seiner Pensionierung wurde der Busfahrer wegen eines Krebsleidens behandelt und sollte die Kosten in Höhe von 60 000 Euro selber bezahlen, da er keine Aufenthaltsbewilli-



Ein Herz? Eine Raute? Ratlosigkeit? Theresa May verliert wieder ein Regierungsglied. Foto: Getty Images/Christopher Furlong

gung vorweisen konnte. Nachdem eine ganze Reihe ähnlicher Fälle bekannt wurde, entschuldigten sich Theresa May und ihre Innenministerin Amber Rudd für dieses „beklagenswerte Versehen“. Der Schwarze Peter wurde übereifrigen „Quotenjägern“ bei der Grenzpolizei zugeschoben. Allerdings verneinte Amber

Rudd vor dem Untersuchungsausschuss des Parlaments, dass sie von festgesetzten Abschiedsbequaten gewusst hätte, was jedoch durch mehrere Zeitungsdokumentationen widerlegt wurde. Die Opposition behauptet nun, dass sie sich für ihre Chef-innenministerin die Grundlagen für diesen Skandal gelegt hatte.

Rudds Nachfolger wurde Kommunalminister Sajid Javid. Der 49-jährige Muslim ist der Sohn eines pakistanischen Busfahrers und machte zunächst eine steile Karriere zum Topmanager der Deutschen Bank, bevor er dann in die Politik einstieg. Javid bekundete starke Sympathie für die Nöte der „Windrush“-Generation als er sagte: „Auch ich gehöre praktisch zu diesem Personenkreis.“

Mit seiner Berufung versucht May die Balance in ihrem Kabinett zwischen den Gegnern und Befürwortern eines harten Brexit wieder auszugleichen. Rudd hatte sich vor dem Referendum ebenso wie Javid für den Ver-

bleib in der Europäischen Union stark gemacht. Doch im Gegensatz zu ihr, ist Javid gegen den Verbleib in der Zollunion. May hat in den vergangenen Wochen bereits drei herbe Abstimmungs-niederlagen im Oberhaus erlitten, das einen harten Brexit verhindern will. Diese Woche muss die Premierministerin in ihrem Kabinett kritische Diskussionen führen, wie weit die Trennung von der EU gehen soll. Javid ist mittlerweile Brexit-Hardliner.

Theresa May hat bereits die Rücktritte des Verteidigungsministers und ihres Stellvertreters wegen der Vorwürfe sexueller Belästigung hinnehmen müssen. Ihre Entwicklungsmi-nisterin musste wegen geheimer Verhandlungen mit Israel ihr Amt niederlegen. Zusammen mit der Tatsache, dass ihre Mehrheit im Parlament nur durch eine Handvoll protestantischer Abgeordneter aus Nordirland gestützt wird, klingt Mays einstige Verheißung von einer „starken und stabilen Regierung“ jetzt noch wirklichkeitsfremder als zuvor.